

15.00

**Abgeordneter Dr. Gerhard Kurzmann (FPÖ):** Herr Präsident! Frau Bundesminister! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Frau Innenminister hat mit Ihren Plänen, in Eberau ein zweites Flüchtlingslager Traiskirchen einzurichten, vor wenigen Monaten für massive Proteste der Burgenländer gesorgt. Sie hat versucht, über die Köpfe der Betroffenen hinweg ein Asylzentrum zu diktieren und ist damit am Widerstand der Bevölkerung, am Widerstand sogar des burgenländischen Landeshauptmannes, aber auch am Widerstand der eigenen Parteifreunde gescheitert.

Einen ähnlichen Versuch haben Sie, Frau Bundesminister, am Beginn vergangenen Jahres in der Steiermark gestartet. Ursprünglich war es die schöne obersteirische Montanstadt Leoben, die Sie mit einem Schubhaftzentrum zwangsbeglücken wollten.

Die Mitglieder des Innenausschusses können sich noch an die vielen und zahlreichen Diskussionen erinnern, weil die Frau Bundesminister im Jänner 2009 Leoben als idealen Standort bezeichnet hat. Und sie hat als Begründung nachgeschoben – und das ist durchaus interessant –: Wo schon einmal eine Haftanstalt, wie in Leoben, steht, dort könnte gleich nebenan auch ein Schubhaftzentrum errichtet werden!

Auch dieser Anschlag ist dann glücklicherweise am Widerstand der Bevölkerung von Leoben, aber auch am Widerstand des Bürgermeisters und der Gemeinderäte in Leoben gescheitert.

Erst unter der tätigen Mithilfe des wenig erfolgreichen ehemaligen ÖVP-Generalsekretärs Missethon und der heimlichen Mitwirkung des steirischen Landeshauptmannes Mag. Voves und auch seines Stellvertreters Hermann Schützenhöfer wurde dann ein neuer Standort gefunden. Und das war Vordernberg, dessen Bürgermeister sich von den vermeintlichen Vorteilen, die ihm die Frau Bundesminister in Aussicht gestellt hat, hat ködern lassen.

Bei den Bewohnern des Ortes stieß das Schubhaftzentrum aber verständlicherweise sofort auf Widerstand, und es hat sich eine Bürgerinitiative gebildet. Im Gemeinderat hat zum Beispiel der Vertreter dieser Bürgerinitiative, der freiheitliche Gemeinderat Weinberger, sofort eine Volksabstimmung gefordert. Das war am 9. November vergangenen Jahres.

Die Fragestellung, die von 139 Bürgern unterstützt worden ist, war klar und einfach und hat gelautet: Soll in Vordernberg ein Schubhaftzentrum errichtet werden: ja oder nein?

Was darauf folgte, meine Damen und Herren, war dann eine Posse der besonderen Art: Der Bürgermeister, ein Oberamtsrat, den man gewisse Grundkenntnisse

zusprechen sollte, hat zunächst einen Bescheid erlassen, der wie folgt lautete – ich zitiere –:

„Gemäß § 158 Abs. 1 Stmk. Volksrechtegesetz wird festgestellt, dass der am 9. November 2009 im Marktgemeindeamt Vordernberg eingebrachte Antrag auf Durchführung einer Volksbefragung den Voraussetzungen der §§ 155 Abs 1“ – und so weiter – „entspricht.“

Begründung:

Der gegenständliche Antrag umfasst die Durchführung einer Volksbefragung mit der Fragestellung: Soll in Vordernberg ein Schubhaftzentrum gebaut werden: ja/nein?

Die Unterstützungserklärungen“ – hat der Herr Bürgermeister weiter ausgeführt – „erfolgten sämtliche durch eigenhändige Unterschrift, mit Angabe des Vor- und Familiennamens, Geburtsdatums und der Wohnanschrift. Die vorgelegten Antragslisten entsprachen in Form und Inhalt den Bedingungen des § 157 VolksrechteG.“ – Zitatende.

Meine Damen und Herren, am gleichen Tag ... (*Abg. Pendl: Ach!*) Ich verstehe schon, dass Sie aufstöhnen, aber ich werde weiterzitieren und werde Ihnen nachweisen, wie rechtswidrig sozusagen Ihr Bürgermeister dort gehandelt hat, Herr Kollege.

*(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Am gleichen Tag, an dem dieser Bescheid ausgefertigt und datiert wurde – es war der 19. November 2009 – fand am Abend in Vordernberg eine Gemeinderatssitzung statt, in der der Bürgermeister mit seiner Gemeinderatsmehrheit dann plötzlich die bereits genehmigte Volksbefragung und die Verordnung geändert hat.

Die Fragestellung an die Bürger von Vordernberg lautete nicht mehr – wie ich sie eingangs zitiert habe –: Soll in Vordernberg ein Schubhaftzentrum gebaut werden: ja oder nein?, sondern sie lautete plötzlich folgendermaßen – ich zitiere –:

„1. Sind Sie für eine positive Gemeindeentwicklung durch die mögliche Gründung von Gewerbebetrieben in Vordernberg“ – No na!

„die Absicherung der örtlichen Infrastruktur (Nahversorger, Arzt, Apotheke usw.), eine Investition von rd. 15,0 Millionen Euro in Vordernberg,“ – Wer könnte da dagegen sein?

„eine jährliche Wertschöpfung von rd. 10,0 Millionen Euro, die Schaffung von rd. 150 Arbeitsplätzen in Vordernberg und eine Mehreinnahme im Gemeindehaushalt von rd. € 130 000,--

Stenograph/Schreibkraft: Jn/Py

im Zusammenhang mit der Errichtung eines Schubhaftzentrums?“

Und dann kommt unter zweitens:

„2. Soll in Vordernberg ein Schubhaftzentrum gebaut werden?“ – Zitatende.

Meine Damen und Herren, gegen diese Suggestivfragen und die willkürliche Veränderung sozusagen der ursprünglichen Fragestellung hat der Vertreter der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion die Fachabteilung 7A der Steiermärkischen Landesregierung, nämlich das Referat für Gemeindeaufsicht und Volksrechte, angerufen.

Die Abteilung hat umgehend der Rechtsmeinung des freiheitlichen Gemeinderates recht gegeben, sie hat den Bürgermeister aufgefordert, seinen Bescheid aufzuheben, sie hat wörtlich geschrieben – ich zitiere –:

„Die erste Fragestellung“ – die ich gerade zitiert habe – „spricht zwar von möglichen positiven Wirkungen im Zusammenhang mit der Errichtung eines Schubhaftzentrums, jedoch geht diese Frage offensichtlich davon aus, dass etwa Investitionen in Höhe von € 15 Millionen in der Verfügungsgewalt der Marktgemeinde Vordernberg liegen. Dies ist nicht der Fall, da die Investitionsentscheidung über einen Bau eines Schubhaftzentrums jedenfalls Angelegenheit des Bundes ist und damit nicht im eigenen Wirkungsbereich einer Gemeinde liegt. Die Fragestellung ist damit nicht zulässig und daher gesetzwidrig.“

Das hat die Fachabteilung 7A festgestellt. (*Abg. Dr. Rosenkranz – in Richtung SPÖ –: Da sollte sich der Bundespräsident einmal einschalten!*)

Weiters hat diese Fachabteilung dem Herrn Bürgermeister die Möglichkeit gegeben, sozusagen diesen Bescheid aufzuheben und eine Äußerung abzugeben.

In der Gemeinderatssitzung am 30. November 2009 haben dann nach dieser Rechtsbelehrung der Bürgermeister und die Mehrheit im Gemeinderat plötzlich die Verordnung auf Durchführung einer Volksbefragung zurückgezogen, mit der lakonischen Bemerkung – ich zitiere –:

„Da das Amt der Stmk. Landesregierung festgestellt hat, dass die Fragestellungen nicht zulässig und damit gesetzwidrig sind, hat der Gemeinderat der Marktgemeinde Vordernberg in seiner Sitzung am 30. November 2009 die Verordnung des Gemeinderates auf Durchführung einer Volksbefragung zurückgezogen.“ – Zitatende.

Dagegen hat dann der freiheitliche Gemeinderat Weinberger als Zustellungsbevollmächtigter der Bürgerinitiative „Schubhaftzentrum – nein, danke!“ Berufung eingelegt. Diese Berufung – und das ist jetzt interessant für alle Juristen –

wurde aber dann nicht weiter behandelt, sondern in Vordernberg wurde eine unverbindliche Bürgerbefragung noch vor Weihnachten mit den Suggestivfragen, die ich Ihnen vorgelesen habe, durchgeführt. Die Beteiligung an der Bürgerbefragung betrug etwas über 60 Prozent. Mehr als die Hälfte der Beteiligten sprachen sich dabei für das Schubhaftzentrum und die damit verbundenen vorgeblichen wirtschaftlichen Vorteile aus.

Das war also der „große“ Erfolg der Frau Bundesministerin, den sie dann selbst öffentlich beklatscht hat.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht unerwähnt lassen, weil das für die Zukunft nicht unwichtig ist, dass der Anwalt der Freiheitlichen Partei selbstverständlich einen Devolutionsantrag wegen Nichtbehandlung des Antrages des freiheitlichen Gemeinderates Weinberger bei der Oberbehörde eingebracht hat. Und gegen den Bürgermeister wurde eine Anzeige wegen Verdachts des Amtsmissbrauches erstattet. – Soweit die rechtlichen Aspekte des Schubhaftzentrums.

Nun zu den politischen Aspekten:

Wenn man von den Zahlen ausgeht, die die Innenministerin angibt, dann brauchen wir in Österreich weder ein neues Asylzentrum – das hat ja die Frau Bundesministerin bereits eingestanden – noch ein neues Schubhaftzentrum. *(Beifall bei der FPÖ sowie Bravorufe und Beifall beim BZÖ.)*

Auf die Frage: Wie viele Personen wurden in den letzten Jahren abgeschoben?, hat das Innenministerium folgende Antwort gegeben – ich zitiere –:

„Die Gesamtzahl der in Österreich verhängten Schubhaften stellt sich wie folgt dar:

2007: 6.950, 2009: 5.995 – also ein Rückgang von etwa 1.000 Personen.

„Seit 1.1.2007 bis einschließlich 31.12.2009 wurden insgesamt 19.621 Personen am Land- oder Luftweg abgeschoben. Die Zahl setzt sich zusammen aus

behördlich angeordneten Abschiebungen,

aus Dublin-Überstellungen und

freiwilliger Rückkehr.

Beachtlich ist hier“ – schreibt das Ministerium weiter – „die sich in der letzten Zeit ergebende starke Verschiebung hin zu freiwilligen Rückkehr. So sind zum Beispiel 2007: 2.164, 2008: 2.237 und 2009:– hören Sie zu! – „4.065 ausreisepflichtige Fremde freiwillig in ihre jeweiligen Heimatstaaten zurückgekehrt.“ – Zitatende.

Wenn diese Angaben stimmen – und daran ist nicht zu zweifeln, weil es sich um Angaben aus einem Ministerium handelt –, warum sollte dann der österreichische Steuerzahler 20 Millionen € für ein neues Schubhaftzentrum aufbringen, wenn ohnedies so viele freiwillig zurückkehren. (*Bravorufe und Beifall beim BZÖ.*)

Ich verstehe, meine Damen und Herren, dass junge Architekten gerne einen Auftrag bekommen, ich verstehe, dass jeder gerne ein Geschäft macht und auch daran verdient, aber ich und wir Freiheitlichen sind gegen die Verschwendung von Steuergeld für sinnlose Projekte. (*Beifall bei der FPÖ sowie Bravoruf des Abg. Mag. Stadler.*)

Meine Damen und Herren! Es ist sinnlos, wenn bei sinkenden Fallzahlen Geld fehlinvestiert wird. Wir sollten – und das ist der Vorschlag der freiheitlichen Fraktion – die 20 Millionen € besser in die Aufnahme und Ausbildung von jungen Polizisten stecken. (*Neuerlicher Beifall bei der FPÖ.*)

Stärken wir die Polizei! In der Steiermark fehlen uns zurzeit 500 Polizisten; in Wien sind es dreimal mehr, dort fehlen über 1.500 Mann. Und leisten wir mit der Aufnahme neuer Polizisten in den Staatsdienst einen wichtigen Beitrag zur öffentlichen Sicherheit! (*Neuerlicher Beifall bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren, wenn man sich die Projektbeschreibung für das Schubhaftzentrum Vordernberg genauer ansieht, das vor Kurzem veröffentlicht worden ist, dann fällt einem ein gewisser Hang zum Luxus bei der Ausstattung dieses Zentrums auf, denn da heißt es nämlich – ich zitiere –:

„Ein langgestreckter Verwaltungstrakt unmittelbar an der Straße und von dieser abgewandt ein kammartig gegliederter Wohntrakt, dessen Höfe sich zum Bach und Berg öffnen.“

Ich zitiere weiter:

„Der Schubhaftteil mit seinen Fingern bildet für jede Abteilung eine individuelle Hofsituation und ist so angelegt, dass hier Wohngruppen möglichst autark und mit hoher Lebensqualität funktionieren. Um diese Höfe ist jeweils eine Abteilung gruppiert. Die ostseitigen Finger bilden die Gemeinschaftszonen und durchdringen den formal strengen Verwaltungstrakt. An diesen Punkten finden die funktionellen Berührungspunkte zwischen den Angehaltenen und der Verwaltung Platz. Diese Treffpunkte“ – nämlich für Besuche, für die Verhandlung von Asylfragen, und, man höre und staune!, auch für die Rückkehrberatung – „öffnen sich zur Straßenseite hin. Die Abwesenheit der angehaltenen Menschen wird daher mittelbar wie auch zeichenhaft präsent, die Differenz zu einer Haftanstalt bewusst. Der Verwaltungstrakt übernimmt an Stelle einer Mauer die Außensicherung entlang der Straße.“ – Zitatende.

Meine Damen und Herren, da ist man sicher versucht, zu sagen: wie idyllisch!  
(*Bravoruf des Abg. Mag. **Stadler** mit der Bemerkung: Das war ein Bravoruf für das Bonmot!*)

Da gibt es einen Wohntrakt, „dessen Höfe sich zum Bach und Berg öffnen“ – wahrscheinlich, damit es leichter gelingt, von dort das Weite zu suchen.

Da gibt es eine „individuelle Hofsituation“, mit schattenspendenden Bäumen und Blumenbeeten – damit die ungebetenen Gäste nur recht bald wiederkommen.

Da gibt es Treffpunkte für Besuche und Rückkehrberatung.

Und da gibt es eine bewusste Differenz dieser „Wohlfühlanstalt“ zu einer Haftanstalt.

Meine Damen und Herren, das ist unverantwortlich der eigenen Bevölkerung gegenüber, die unter der zunehmenden Kriminalität und vor allem unter den Folgen einer langanhaltenden Wirtschaftskrise leidet! (*Beifall bei der FPÖ. – Zwischenruf des Abg. Dr. **Pirkhuber**.*)

Es passt aber! (*Weitere Zwischenrufe bei den Grünen.*) – Ich verstehe Ihre Unruhe, meine Damen und Herren von den Grünen, das ist mir völlig klar, denn Sie sind ja nicht die Anwälte der Österreicher, sondern der Ausländer. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das passt ins Bild einer Bundesregierung, meine Damen und Herren, die 2,3 Milliarden € in ein korruptes politisches System, nämlich nach Griechenland, steckt, vor dem aber in erster Linie die griechischen und französischen Banken und die Spekulanten profitieren. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*)

Ganz richtig! Die Losung der Freiheitlichen lautet – und es wäre gut, wenn Sie die übernehmen würden –: **Unser** Geld für **unsere** Leute! Das haben wir auch als Wahlkampfparole in der Steiermark eingebracht. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es wird der Frau Innenminister beziehungsweise es wird der gesamten Bundesregierung nicht gelingen, unserer Bevölkerung zu erklären, dass sie im Dezember ein ganz arges Belastungspaket für die Österreicherinnen und Österreicher schnürt, das es in sich hat, und gleichzeitig 20 Millionen € für Schubhäftlinge aufwendet.

Es wird Ihnen nicht gelingen, klarzumachen, warum unsere Soldaten in verfallenden Kasernen untergebracht sind, für die Sie **kein** Geld aufbringen – aber für das neue Schubhaftzentrum sehr wohl! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Sie bringen Geld auf für ein Schubhaftzentrum, das keiner braucht. **Das** ist die glatte Missachtung österreichischer Interessen!

Sie wollen 1,5 Milliarden € weniger – das habe ich heute in einer hiesigen Zeitung gelesen (*eine Ausgabe der Zeitung „Heute“ in die Höhe haltend*) – für unsere einheimischen Familien aufwenden, dafür aber 20 Millionen € für Ausländer zur Verfügung stellen. **Das** ist unmoralisch und unsozial! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Wie die Stimmungslage bei denen ist, die unsere Sicherheit tagtäglich schützen, nämlich bei den Polizeibeamten, das zeigt das Schreiben eines Polizisten an eine große Tageszeitung. Dieser hat festgestellt – und das ist völlig richtig –:

„Es ist nicht die Polizei, die die Einwanderung regelt. Nicht die Polizei ermöglicht das Entstehen von Parallelgesellschaften und damit das Ausleben der diversen ethnischen Bräuche. Nicht die Polizei hat sich die legislativen Möglichkeiten eingeschränkt, Überwachungen und Personenkontrollen zur Vorbeugung durchzuführen. Und nicht die Polizei hat sich personell und finanziell rigoros reduziert.“ – Zitatende.

Meine Damen und Herren, **dafür** trägt die Politik die Verantwortung! Und **dafür** trägt die Innenministerin die Verantwortung!

Ich fordere Sie auf, Frau Innenminister: Machen Sie Politik für die Österreicher und Österreicherinnen – und stellen Sie den „Spuk“ eines Schubhaftzentrums in Vordernberg endlich ab! (*Beifall bei der FPÖ.*)

15.19